

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 09 86 846 ppbn d

Inhalt

37. Jahrgang / 86

6. Mai 1982

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages: Der Falkland-Konflikt darf uns nicht von der Dritten Welt entzweien.

Seite 1

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, wertet den Übergang von Herbert Ehrenberg auf Heinz Westphal im Bundesarbeitsministerium.

Seite 3

Arne Börnsen MdB wehrt sich gegen Kürzungen des Postdienstes auf dem Lande.

Seite 5

Kurt Uberschär MdB erläutert die Bedeutung des öffentlichen Personenverkehrs.

Seite 6

Der Falkland-Konflikt bekommt eine andere Dimension

Verhandlungen und friedliche Streitschlichtung sind jetzt nötiger denn je

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages

Hätte jemand vor Wochen erklärt, es könne zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Argentinien kommen, niemand hätte ihn ernst genommen. Inzwischen sind wir eines anderen belehrt worden. In erschreckender Weise wurde deutlich gemacht, daß selbst am Ende des 20. Jahrhunderts der Krieg als Mittel der Politik zwischen hochindustrialisierten Staaten möglich ist.

Der Konflikt zwischen Großbritannien und Argentinien fängt an, sich zu einem solchen Krieg zu entwickeln, wenn es nicht gelingt, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen und eine friedliche Lösung zu erreichen. Stand am Beginn des Konfliktes die Frage, wem die Falkland-Insel (Malvinen) völkerrechtlich gehören, hat sich dies inzwischen schon als zweitrangig erwiesen, angesichts der Notwendigkeit, weiteres Blutvergießen zu vermeiden.

Fest steht, daß Argentinien sich unter Bruch des geltenden Völkerrechts der Inselgruppe bemächtigt hat. Als Mitglied der Vereinten Nationen hat es seine Verpflichtung zur friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten und zur Nichtanwendung von Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen auf das Größlichste verletzt. Das diktatorische, sich den Menschenrechten nicht verpflichtende Regime in Buenos Aires versucht hier mit außenpolitischen Maßnahmen von innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken.



Die Anwendung militärischer Gewalt und das bewußte Inkaufnehmen von Verlusten an Menschen hat in Diktaturen Methode. Schon deshalb konnten die von Großbritannien eingeleiteten Gegenmaßnahmen, die Erklärung einer 200-SM-Kriegszone und die Verhängung einer Seeblockade von den Freunden Großbritanniens als diplomatisches Druckmittel mit dem Ziel der friedlichen Streitbeilegung unterstützt werden. Alle Sanktionsmaßnahmen der EG gegenüber Argentinien müssen unter eben diesem Aspekt, durch militärischen Druck Argentinien zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts zu zwingen, gesehen werden.

Die Verluste an Menschenleben aufgrund der Schiffsverluste auf beiden Seiten machen uns betroffen und lassen uns den Konflikt plötzlich in anderen Dimensionen erscheinen. Es scheint, daß hier mit unverhältnismäßigen Mitteln reagiert wurde, daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgereizt wurden.

Jetzt ist es an der Zeit, zur Besinnung zu kommen und sich um Verhandlungen ernsthaft zu bemühen. Großbritannien und Argentinien sind aufgefordert, die Feindseligkeiten einzustellen und sich der Vermittlertätigkeit der Vereinten Nationen zu bedienen. Ein sofortiger Waffenstillstand ist notwendig. Im Interesse des Weltfriedens und unseres Verhältnisses zur Dritten Welt.

Der Übergriff Argentinien darf nicht zu einer Entfremdung zwischen der Dritten Welt und den Staaten Europas führen und das aufgebaute Vertrauenskapital zerstören. Die Solidarität der Staaten der Europäischen Gemeinschaft mit Großbritannien gegen den militärischen Angriff Argentinien ist richtig, solange es eine Solidarität für eine politische Lösung ist. Die spontane Solidarität der EG-Staaten hat viele Menschen in Großbritannien überrascht. Mit gewisser Enttäuschung ist allerdings vermerkt worden, daß diese Solidarität von der britischen Regierung nicht mit dem entsprechenden Entgegenkommen bei der Lösung interner Probleme der Europäischen Gemeinschaft beantwortet wurde.

Es muß alles unternommen werden, den Konflikt mit den Mitteln zu lösen, denen Vorrang gebührt, nämlich die der Verhandlungen und der friedlichen Streitschlichtung.
(-/6.5.1982/ks/va)

+ + +



Kurshalten im Gegenwind

Von Herbert Ehrenberg zu Heinz Westphal

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Der in der vergangenen Woche erfolgte Abschied Herbert Ehrenbergs aus der Bundesregierung, der er seit 1976 als Nachfolger Walter Arendts als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung angehörte, ist aller Anlaß, ihm ein Wort des Dankes zu sagen. Seinem ostpreußischen Naturell entsprechend, hat Herbert Ehrenberg beharrlich gearbeitet. Er hat seine Kraft darangesetzt, das Schiff der Sozialpolitik auf Kurs zu halten. Bei dem harten Gegenwind, dem die Sozialpolitik in seiner Amtszeit ausgesetzt war und wohl in der seines Nachfolgers vorerst bleiben wird, bedurfte dies besonderer Anstrengung.

Zu den Verdiensten von Herbert Ehrenberg gehört es, daß er sich an der Spitze des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung geweigert hat, konservativen Rezepten zu folgen und die Fragen, die sich angesichts der Wirtschaftskrise stellten, mit tiefgreifenden Einschnitten in das soziale Netz zu beantworten. Dies heißt nicht, daß Herbert Ehrenberg nicht bereit gewesen wäre, aus veränderten Rahmenbedingungen die auch für die Sozialpolitik erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Er verfügt über viel zu viel ökonomischen Sachverstand, um den untrennbaren Zusammenhang zu leugnen, der zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialpolitischen Möglichkeiten besteht.

Doch sein bisheriger Lebensweg, seine Erfahrungen und sein Engagement weisen ihn als einen Mann aus, der weiß, daß der innere Frieden ohne sozialen Frieden brüchig ist. So hat Herbert Ehrenberg das Seine zur Konsolidierung der Rentenfinanzen getan, hat für eine sozial ausgewogene Kostendämpfung im Gesundheitswesen gestritten, wobei er nie müde wurde, den Beitrag auch der Leistungserbringer einzufordern, um die Leistungsfähigkeit der sozialen Krankenversicherung zu erhalten. Hier wie anderenorts ging es ihm als streitbaren Verfechter sozialdemokratischer Positionen um eine gerechte Verteilung notwendiger Lasten und um eine Bekämpfung von Entsolidarisierungsprozessen.

Er hat nicht nachgelassen, sozialdemokratische und gewerkschaftliche Standpunkte in die Auseinandersetzung um politische Entscheidungen einzubringen. Unter schwierigen Bedingungen hat er geholfen, manches Positive auf den Weg zu bringen und durchzusetzen, zum Beispiel den Mutterschaftsurlaub oder die Vorziehung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte.

Wer darauf pocht, daß privilegierte Gruppen mit herangezogen werden müssen, wenn Opfer erforderlich werden, erntet nicht nur Beifall, sondern zieht auch Gegner auf sich. Vor zwei Jahren, als Herbert Ehrenberg zusammen mit Anke Fuchs das Buch "Sozialstaat und Freiheit" veröffentlichte, stellte er dem ersten Kapitel einen Aphorismus Lichtenbergs voran: "Es ist fast unmöglich, die Fackel der Wahrheit durch ein Gedränge zu tragen, ohne jemandem den Bart zu sengen." Wie es scheint, wird Herbert Ehrenberg auch künftig nicht an allen Bärten vorbeikommen, ohne daß es deren Träger merken werden.

Schon von seiner Biographie her bietet der neue Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Heinz Westphal, die Gewähr dafür, daß die Sozialpolitik nicht nach konser-



vativem Muster zu einem als eher lästig empfundenen Anhängsel der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik herabgestuft wird. Wer meint, in Heinz Westphal, der in den vergangenen Jahren die Finanzwirtschaft zum Schwerpunkt seiner politischen Tätigkeit gemacht hat, einen Mann ohne Kompaß vor sich zu haben, der gegenüber undifferenziertem Kürzungsdenken aufgeschlossen wäre, wird sich korrigieren müssen. Gerade die jüngste Zeit hat für jedermann sichtbar gemacht, daß der gestandene Sozialdemokrat Heinz Westphal für eine Haushalts- und Finanzpolitik steht, die auch sozialpolitischen Erfordernissen gerecht wird. Der neue Bundesminister wird - davon bin ich überzeugt - auf soziale Ausgewogenheit drängen und insofern für manchen ein unbequemer Partner sein.

Heinz Westphal wird dafür sorgen müssen, daß der notwendige Dialog zwischen den Wirtschafts- und Finanzpolitikern auf der einen und den Sozialpolitikern auf der anderen Seite wesentlich vertieft und zu fruchtbaren Ergebnissen geführt wird. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Bereichen politischer Gestaltung muß neu überdacht werden, weil sich die ökonomischen Voraussetzungen geändert haben. Beide Seiten werden dabei zu lernen haben. Die Sozialpolitiker müssen zur Kenntnis nehmen, daß nicht mehr ein Wirtschaftswachstum in dem Maße vorliegt, das einen Finanzierungsspielraum für immer weiter expandierende Sozialleistungen eröffnet. Die Wirtschafts- und Finanzpolitiker dürfen nicht der Gefahr erliegen, in der Sozialpolitik einen nimmersatten Kostgänger zu sehen, dem man je nach der wirtschaftlichen Entwicklung und der Kassenlage ohne große Umstände den Brotkorb höher oder niedriger hängen kann. Denn Wirtschafts- und Finanzpolitik haben keinen Selbstzweck; sie müssen in die soziale Verantwortung eingebettet sein.

Deshalb darf die Sozialpolitik nicht einfach als Restgröße behandelt werden. Sie muß sich zwar in den ökonomischen Rahmen einfügen. Es muß aber ebenso klar bleiben, daß zu Recht gestellte sozial- und verteilungspolitische Anforderungen von unserer Gesellschaft erfüllt werden müssen. Daran darf eine soziale Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht vorbeigehen. Wichtig sind eben nicht nur die volkswirtschaftlichen Zielgrößen. Es ist gleichermaßen wichtig, daß die Maßnahmen der Wirtschafts- und Finanzpolitik in ihren sozialen Auswirkungen verantwortbar sind. Eine bloß technokratische Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik wäre verhängnisvoll.

Bei dem Dialog zwischen Wirtschafts- und Finanz- sowie Sozialpolitikern muß mit offenen Karten gespielt werden. Auch die Ökonomen müssen ihre gesellschaftspolitischen Ziele darlegen und die sozialen Konsequenzen ihres Tuns in Rechnung stellen. Willkürliche Einschnitte, ohne eine vernünftige und sozial verantwortbare Konzeption, wären ein falscher Weg. Die unabwiesbare Reform der sozialen Sicherungssysteme duldet keine schablonenhaften Kürzungen. Gefragt sind Kreativität, Standfestigkeit und eine soziale Grundhaltung. Heinz Westphal jedenfalls erfüllt diese Voraussetzungen. Sie wären auch dem gesamten Kabinett zu wünschen.

(-/6.5.1982/ks/va)

+ + +



Gegen den Willen des Bundestages

Die Postversorgung auf dem Lande soll eingeschränkt werden

Von Arne Börnsen MdB

Im Dezember 1981 beschloß der Deutsche Bundestag ein von der Bundesregierung vorgelegtes Konzept zur Postversorgung auf dem Lande.

Ausgangspunkt des Konzepts ist eine Neubemessung der Tätigkeit in ländlichen Poststellen. Der Bundestag stellt dazu fest, daß die ortsfeste Amtsstelle auch in ländlichen Bereichen grundsätzlich als Eckpfeiler einer optimalen Postversorgung erhalten bleiben sollte. Ebenfalls wurde beschlossen, daß seitens der Post alles getan werden sollte, um die Inanspruchnahme ortsfester Amtsstellen zu erhöhen.

Inzwischen sind die Ergebnisse und Konsequenzen der Bemessung der Tätigkeit bekannt geworden:

Die Öffnungszeiten der Poststellen auf dem Lande werden demnächst zum 1. Juni 1982 um bis zu 35 Prozent reduziert. Es ist dabei nicht auszuschließen, daß im Schnitt eine Reduzierung um cirka ein Drittel hingenommen werden muß. Eine solche Einschränkung der Öffnungszeiten ist mit der Zielsetzung des Bundestagsbeschlusses nicht vereinbar.

Hierfür sprechen folgende Fakten:

- Die vorgesehene Kürzung der Öffnungszeiten unterschreitet die Existenzschwelle der Poststelle. Die Bürger werden, um nicht an die kurzen Öffnungszeiten gebunden zu sein, die Postämter an ihrem Arbeitsplatz aufsuchen und damit die Freqüenzierung der kleinen Poststellen weiter senken.
- Zweigstellen der örtlichen Sparkassen werden verstärkt Dienste übernehmen, die bisher auch von der Bundespost angeboten wurden (zum Beispiel Sparbücher).
- Es ist nicht erkennbar, daß die Bundespost Initiativen ergriffen hat, durch die die Inanspruchnahme der Poststellen erhöht werden könnte.

Sollte die Kürzung der Öffnungszeiten zum 1. Juni 1982 tatsächlich - und meines Erachtens gegen die Willensbildung des Bundestages - durchgeführt werden, wird damit auf Dauer die Existenzgrundlage der Poststellen auf dem Lande ausgehöhlt. Es ist daher erforderlich, den Termin 1. Juni 1982 auszusetzen, um den Postausschuß und den Bundestag in die Lage zu versetzen, die Auswirkungen zu diskutieren und Alternativen zu entwickeln.

Dies wäre jedoch unmöglich, wenn die Gremien vor vollendete Tatsachen gestellt werden würden.

(-/6.5.1982/ks/ca)

+ + +



Ein Teil der Daseinsvorsorge

Der öffentliche Personennahverkehr wird immer wichtiger

Von Dr. Kurt Uebersohr MdB

Mit futuristischen Visionen läßt sich leicht Interesse wecken. Noch vor wenigen Jahren lösten Magnetbahn, Kabinen-Taxi, induktiv geleiteter Autoverkehr kühne Träume aus. Heute dagegen ist die Diskussion um eine Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs durch prosaische, aber auch realistischere Töne geprägt.

Klar ist, die moderne Industriegesellschaft ist ohne hohe Mobilität nicht denkbar. Das jedoch wirft Probleme auf und verursacht Kosten.

Das Straßennetz ist weitgehend ausgebaut, so daß sich die Überlegungen über die Verkehrserschließung hauptsächlich auf den öffentlichen Nahverkehr konzentrieren.

In den Ballungsräumen ist der öffentliche Personennahverkehr in den zurückliegenden Jahren durch erhebliche Investitionen und verstärkte Zusammenarbeit der Verkehrsträger deutlich verbessert worden. Dort zeigt sich: Erhöhte Leistungsfähigkeit führt zu steigender Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel und erbringt höhere Benutzerzahlen.

Doch die größeren Probleme liegen nicht in den Ballungsgebieten, sondern im ländlichen Bereich. Hier resultieren aus längeren Wegen in Verbindung mit der Entwicklung der Energiepreise auch höhere Kosten. Belaufen sich die Zuschüsse für einen "Beförderungsfall" im öffentlich betriebenen Nahverkehr in einem Ballungsgebiet auf 0,40 DM, so die im ländlichen Raum auf 1,20 DM.

Trotz solcher Kosten muß der öffentliche Nahverkehr als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge angesehen und gefördert werden, zumal er sich im Vergleich mit dem Individualverkehr als energiesparend und umweltfreundlich erweist. Hinzu kommen hohe Verkehrssicherheit, große Beförderungsleistung und geringer Raumbedarf.

Bevor jedoch an eine Erhöhung der Investitionen in diesem Bereich zu denken ist, müssen die bereits vorhandenen Kapazitäten effizienter genutzt werden. Die Schlüsselworte heißen hier: Regionalisierung und Verbund.

Kommunale und private Verkehrsunternehmen, Busdienste von Bahn und Post, nicht bundeseigene Eisenbahnen und der Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bundesbahn arbeiten weitgehend unkoordiniert. Linienverkehr, Schüler und Werkverkehr laufen häufig unver-

bunden nebeneinander her. Strecken mit ausreichendem und gutem Verkehrsaufkommen werden gegenüber solchen mit geringeren Benutzerzahlen bevorzugt. Aus diesem Nebeneinander ergeben sich Effizienzverluste und Mißverhältnisse, die durch Kooperation von Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen sowie durch Zusammenfassung von Zuständigkeiten aufgehoben werden können.

Über Bahn und Post und über seine Aufgaben nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz trägt der Bund die Hauptlast des öffentlich betriebenen Nahverkehrs. Er fördert ihn mit 6,5 Milliarden DM, während Länder und Gemeinden für 4,5 Milliarden DM aufkommen. Diese Aufgaben wird der Bund auch weiterhin zu erfüllen haben.

Gegenwärtig dienen die Finanzleistungen des Bundes überwiegend der Abdeckung des Defizits im Schienenpersonennahverkehr. Das zwingt zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit.

Über derartige Maßnahmen hinaus müssen Bahn und Post mit den Entscheidungsträgern auf regionaler Ebene kooperieren. Nur sie können funktionsfähige und finanzierbare Systeme anhand der konkreten Bedürfnisse der Bürger und der örtlichen Gegebenheiten entwickeln und steuern. Die kommunalen Gebietskörperschaften tragen die Gesamtverantwortung und sie bestimmen das Angebot, Flächendeckung und Bedienungsstandard, Tarife und Vergütung der Leistungen der Verkehrsunternehmen, Organisation des Verkehrsnetzes und der Beförderungsaufgaben sind in der Verantwortung der Landkreise am besten aufgehoben. Einer Debatte über verfassungsrechtliche Zuständigkeiten bedarf es nicht, wenn das Kooperationsabündnis der Verkehrsträger und Gebietskörperschaften auf freiwilliger Basis zustande kommt. Für viele Kreise ist ihr Engagement im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs eine historisch gewachsene Selbstverständlichkeit.

Schon heute zeigen Modellversuche, daß eine Verbesserung des Personennahverkehrs gerade im ländlichen Raum mit geringen Mitteln möglich ist. Und Verbesserung heißt hier nicht nur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Verkehrsangebotes, sondern vor allem auch eine Steigerung des Kostendeckungsgrades auf 75 bis 80 Prozent.

Ein effizienter und dadurch attraktiver öffentlicher Nahverkehr entlastet die Ballungszentren, verknüpft die Fläche mit den verdichteten Wirtschaftsräumen, ermöglicht Beweglichkeit der Fläche. Das alles rechtfertigt seine Betrachtung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und seine Behandlung als eine der wichtigsten verkehrspolitischen Aufgaben der Zukunft - auch im mittelfränkischen Bereich.

(-/6.5.1982/hi/va)

+ + +

